

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 239

12. Dezember 1980

Herbert Weichmann erinnert an den 25. Todestag von Otto Braun: Die Arbeiterklasse mit dem Staat versöhnt.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB zieht ein Jahr nach dem Berliner Parteitag und dem NATO-Doppelbeschluß Bilanz: Warnung vor der Sackgasse.

Seite 3-6

Uwe Holtz MdB protestiert gegen den geplanten Verkauf von Kriegsschiffen an Chile: Kein U-Boot für Pinochet!

Seite 7

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP fordert die Lage der Kinder in der EG zu verbessern: Kinderarbeit klagt an.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 106-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Die Arbeiterklasse mit dem Staat versöhnt

Zum 25. Todestag von Otto Braun am 15. Dezember

Von Professor Dr. Herbert Weichmann

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D.

Otto Braun, der Baumeister eines demokratischen Preußen, starb vor 25 Jahren 83 Jahre alt vereinsamt und enttäuscht in Locarno in der Schweiz. Das Leben raubte Otto Braun seine Familie und seine Heimat Ostpreußen, in deren Boden er wurzelte; es zerschlug ihm sein Werk, nämlich Preußen, über dessen Verlust er sich niemals zu trösten vermochte; es zwang ihn, auch fern der Heimat Deutschland zu leben, und es war in den letzten Jahren für ihn ein besonderer Schmerz, auch die Restheimat nicht einmal mehr wiedersehen zu können. Nur ein kleines Häufchen alter Freunde nahmen Abschied von dem Toten und versenkten seine Asche nach seinem letzten Willen in den Lago Maggiore.

Auch seine menschliche und politische Bedeutung und Leistung blieben lange im Strudel der Ereignisse versenkt und unbekannt. Die Geschichtsschreibung hat jedoch seit einigen Jahren wieder seinen Namen und sein Werk aus der Versenkung herausgeholt, in das Bewußtsein der Gegenwart gehoben und seine Bedeutung für Politik und Arbeiterbewegung nach dem ersten Weltkrieg erkannt.

Otto Braun war der Staatsmann, der die Arbeiterklasse mit dem Staat versöhnte und ihr ihre Verantwortung für die Gestaltung des Staates bewußt machte. Diese Leistung, die eine heutige Generation als Selbstverständlichkeit begreift, muß in ihrer historischen Bedeutung wieder erkannt werden. In



jenen Tagen galt es, aus dem Staat des Dreiklassenwahlrechtes einen Staat zu formen, in dem alle seine Bürger lernen sollten - vor allem auch die Masse der Arbeiterschaft - diesen Staat als den ihren zu betrachten. Die Heranführung der Arbeiterklasse an den Staat ist weitgehend Otto Brauns Werk.

Otto Braun war auch der Staatsmann, der sich als Meister der Koalitionspolitik erwies - nicht um der Taktik willen, sondern von der konstruktiven Aufgabe durchdrungen, alle demokratischen Kräfte zu Festigung eines demokratischen Staates zu erfassen und zur Arbeit am Staate zu zwingen. Das war eine schwere Aufgabe, denn die Parteien der damaligen Koalition vertraten sehr poläre Weltanschauungen. Gleichwohl gelang es Otto Braun mit großer Meisterschaft, Spannungen zu überbrücken und in echter Staatsgesinnung seine Koalition über ein Jahrzehnt zusammenzuhalten, während das Reich laufend von Regierungswechsel heimgesucht war.

Otto Braun hatte als Ministerpräsident und Chef des Kabinetts auch die große Gabe der Menschenführung. Sein klares, allen großen Worten abholdes Denken, seine Kunst, alle Probleme auf einen einfachen Nenner zu bringen, seine Begabung, Vertrauen auszustrahlen und zu rechtfertigen, seine unbestechliche Sachlichkeit und der moralische Fundus seiner Persönlichkeit sicherten ihm eine Überlegenheit, die ohne diktatorische Ränke seinen Worten gleichsam Gesetzeskraft verliehen.

Als Staatschef Preußens war es schließlich ihm zu danken, wenn der verhängnisvolle Dualismus Reich - Preußen, der bei politisch divergierenden Kabinetten auf beiden Seiten der Wilhelmstraße oft zur Explosion zu führen drohte, durch den klugen und mässigen Einfluß Otto Brauns nicht tatsächlich zu einer Explosion führte.

Als Chef der preußischen Verwaltung hat Otto Braun entscheidende und neue Weichen gestellt. Obwohl sie der Vergessenheit anheimgefallen sind, wirken sie heute noch fort. Als Landwirtschaftsminister beseitigte er die Überreste des Feudalrechtes in Gestalt der Gemeindeordnung und Gutsbezirke und gab den Landarbeitern Koalitionsfreiheit. Als Ministerpräsident wirkte er für den Aufbau einer sauberen und funktionierenden Staatsverwaltung, die noch heute in den von den Bundesländern übernommenen Teilen erkennbar ist, die in dieser preußischen Aufbauarbeit wurzeln. Die Verwaltung war in seinen Händen ein wichtiges Instrument der Regierungstechnik.

Otto Brauns Klugheit und Begabung, seine Geschicklichkeit in der Führung, seine Festigkeit im Entschluß, seine Meisterschaft im Umgang mit den Parteien hatten aber schließlich alle ihre Wurzeln in dem gleichen Boden: Nämlich in dem moralischen Fundament, in dem sittlichen Verantwortungsgefühl, auf dem sich Otto Brauns Wesen und Wirken aufbaute.

Mit Otto Braun starb ein großer Deutscher, ein demokratischer Preuße, ein freiheitlicher Sozialdemokrat, der entscheidend die Welt mitveränderte, ein Mensch, dessen moralische Fundamente einer jüngeren Generation Beispiel bleiben sollte.

(-/12.12.1980/ks/ca)

+ + +



Warnung vor der Sackgasse

Ein Jahr nach dem Berliner SPD-Bundesparteitag und dem NATO-Nachrüstungsbeschuß

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Vor nunmehr einem Jahr hat der NATO-Rat einem Doppelbeschuß zur Modernisierung und Verstärkung nuklearer Mittelstreckenwaffen und zu einem gleichzeitigen rüstungskontrollpolitischen Verhandlungsangebot an die Sowjetunion gefaßt. Wenige Tage vor dem NATO-Beschuß vom 12. Dezember 1979 verabschiedete der Bundesparteitag der SPD, der vom 3. bis 7. Dezember in Berlin tagte, einen Antrag zur "Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik". Sein Leitmotiv ist der politische Vorrang der Rüstungskontrolle. In diesem Beschuß heißt es wörtlich:

"Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen sind in Verhandlungen mit dem Ziel einzubeziehen, bei Beachtung und Wahrung gegenseitiger Sicherheitsbedürfnisse und -interessen eine ausgewogene Gesamtbilanz aller nuklearen Waffen beider Seiten auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Bundesparteitag den Hamburger Parteitagsbeschuß zu Rüstungskontrollvereinbarungen (Antrag 1); dies gilt insbesondere für unsere Auffassung zur Neutronenwaffe.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Bündnis darauf zu drängen, daß bald entsprechende Verhandlungskonzeptionen und Verhandlungsinitiativen entwickelt werden.

Der Prozeß der Verhandlungen über die Begrenzung nuklearstrategischer Waffen - SALT - ist zügig fortzusetzen. Wir setzen uns für die umgehende Ratifizierung des SALT II-Abkommens ein. Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen...

Den Disparitäten bei den nuklearen Mittelstreckenpotentialen muß durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungssteuerungspolitischen Maßnahmen begegnet werden. Dies bedeutet:

- rüstungskontrollpolitischen Regelungen den politischen Vorrang zu geben, um Instabilitäten auf diesem Wege abzubauen;
- gleichzeitig die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns rüstungskontrollpolitischer Bemühungen wirksam werden können. Die Solidarität des Bündnisses muß sich bewähren. Wir werden auch künftig unsere Politik fortsetzen, die jederzeit deutlich sichtbar macht, daß wir weder Nuklearmacht sind noch werden. Eine ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden kommt nicht in Frage. Die nächsten Jahre werden auch darüber entscheiden, ob der nukleare Rüstungswettlauf gebremst werden kann, oder die Gefährdungen für die Welt weiter steigen werden. Deshalb darf es keine Automatismen geben. Der Gang der Verhandlungen und die erwarteten Ergebnisse müssen es den Politikern der NATO jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig, zu revidieren.



Aus diesem Grunde soll die Bundesregierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung zu entwickelnden Mittelstreckenwaffen in Europa (die frühestens 1983 möglich ist) nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Ziel der Verhandlungen ist es, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarte gemeinsame Begrenzung der Mittelstreckenwaffen die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen.

Es ist zu prüfen, ob bei dem fortschreitenden Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden.

In Verhandlungen muß der Versuch unternommen werden, die Gesamtbilanz des nuklearen Waffenspektrums auf eine möglichst niedrige Ebene abzusenken, eine Konsultationspflicht vor der Produktion neuer Waffen zu vereinbaren und durch begleitende Maßnahmen die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu stabilisieren."

Wer ausschließlich unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten nach Ablauf eines Jahres die Bilanz der Ausfüllung des NATO-Beschlusses zieht, wird bemängeln können, daß Belgien und die Niederlande sich bisher nicht endgültig positiv zur Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen haben entscheiden können und diese Entscheidung zur Zeit auch weniger denn je zu erwarten ist. Insgesamt gesehen aber wird die verteidigungspolitische Seite des NATO-Beschlusses zügig verwirklicht und die Stationierung entsprechender Waffensysteme ab Ende 1983 bereits heute technisch in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien und Italien vorbereitet.

Die rüstungskontrollpolitische Bilanz der Verwirklichung des NATO-Rats-Beschlusses und erst recht des SPD-Bundesparteitages ist nach Ablauf eines Jahres demgegenüber von wenigen konkreten rüstungskontrollpolitischen Ergebnissen, von vielen zeitlichen Verzögerungen, wichtigen verhandlungspolitischen Rückschlägen und auch einigen konzeptionellen Halbheiten gekennzeichnet:

- Die UdSSR hat durch ihre militärische Intervention in Afghanistan das Verhältnis zwischen Ost und West, das bereits vorher gestört war, zusätzlich schwer belastet und dadurch auch die notwendige bereits öffentliche Zustimmung zu rüstungskontrollpolitischen Initiativen erheblich verringert.
- Die UdSSR hat durch ihre Ablehnung eines Moratoriums zu einem Zeitpunkt, zu dem für den Westen angesichts der andauernden Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials eine entsprechende zeitlich befristete Vereinbarung noch akzeptabel gewesen wäre, die scheinbare Automatik des Rüstungswettlaufes nicht geholfen zu unterbrechen.
- Die UdSSR hat zu Zeitverlusten für Rüstungskontrollverhandlungen beigetragen, weil sie erst Monate nach der NATO-Entscheidung sich während des Besuches von Helmut Schmidt in Moskau zu Gesprächen über nukleare Mittelstreckenwaffen ohne Vorbedingungen bereit erklärte.



- Die USA haben durch die Verweigerung ihrer Zustimmung zum SALT II-Vertrag, den der NATO-Rat in seinem Beschluß vom 12. Dezember 1979 nachdrücklich aus sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Gründen begrüßt hat, die konzeptionelle Grundlage des im gleichen NATO-Beschluß vereinbarten rüstungskontrollpolitischen Angebotes an die Sowjetunion zum Bereich der Mittelstreckenwaffen infrage gestellt und insofern gegenüber der Beschlußlage des Berliner SPD-Bundesparteitages und des NATO-Rats-Beschlusses vom Dezember eine neue Lage geschaffen. Diese neue Lage wird nur dann nicht zu einer neuen Infragestellung des verteidigungspolitischen Teils des Doppelbeschlusses der NATO führen, wenn durch die Politik der neuen amerikanischen Administration die Substanz von SALT II bewahrt, das Prinzip des annähernden Gleichgewichtes beachtet und der SALT-Prozeß selber fortgeführt werden.

Es ist in der Politik nicht unehrenhaft, Niederlagen für seine Konzeptionen zu erleiden und dies auch offen einzugestehen. Es ist auch sinnvoll Kompromiße einzugehen, um wenigstens Teilen seiner Überzeugungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Zu recht aber würde derjenige Politiker seine Glaubwürdigkeit verlieren, der nicht auch unter widrigen Umständen zu seinen Überzeugungen und Konzeptionen steht und für ihre Verwirklichung - und sei es auch nur in kleinen Schritten - eintritt.

Deshalb handelte Helmut Schmidt glaubwürdig und richtig, als er bei seinem Besuch in Moskau die UdSSR für rüstungskontrollpolitische Gespräche über Mittelstreckenwaffen ohne Vorbedingungen - erfolgreich - zu gewinnen versuchte. Deshalb fand auch seine Entschlossenheit breite Zustimmung, mit der er auch nach den Wahlen in den USA dort für eine Politik des Gleichgewichtes und für eine Fortsetzung des SALT-Prozesses und andere rüstungskontrollpolitische Initiativen eintrat.

Diese gleiche Ehrlichkeit gebietet es aber ein Jahr nach dem Berliner Bundesparteitag und dem NATO-Rats-Beschluß nüchtern festzustellen, daß die Ziele und Prioritäten der nach wie vor richtigen rüstungskontrollpolitischen Konzeption des Berliner SPD-Bundesparteitagsbeschlusses im spezifischen Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen aufgrund der in Ost und West dieser Konzeption entgegenstehenden Barrieren heute kaum noch eine Chance auf Verwirklichung haben.

Bereits die Entscheidung des NATO-Rates vom Dezember 1979 wich in wichtigen Punkten von der auf dem SPD-Bundesparteitag vereinbarten rüstungskontrollpolitischen Konzeption ab:

- Der NATO-Beschluß spricht von einer Parallelität und Komplementarität der rüstungskontrollpolitischen und der verteidigungspolitischen Seite des Doppelbeschlusses; der Berliner Bundesparteitag vom politischen Vorrang der Rüstungskontrolle.
- Der Modernisierungsbeschluß der NATO enthält keinerlei Hinweise auf Elemente, die den Modernisierungsprozeß verzögern, zeitlich befristet aussetzen oder gar unwirksam werden lassen könnten; der SPD-Beschluß wendet sich gegen jeden Automatismus im Rüstungsprozeß, fordert auf zu prüfen, ob Moratorien über einen Produktions- und Stationierungsstop neuer nuklearer Waffensysteme sinnvoll vereinbart werden können und stimmt der Rüstungsentscheidung nur verbunden unter der auflösenden Bedingung zu, falls befriedigende rüstungskontrollpolitische Ergebnisse erreicht werden;



- der NATO-Beschluß spricht davon, daß erfolgreiche Rüstungskontrolle den Umfang des Modernisierungsbedarfes der NATO beeinflussen kann; der SPD-Bundesparteitag spricht sich für das rüstungskontrollpolitische Ideal-Ziel der Null-Lösung, des Überflüssigmachens zusätzlicher nuklearer Mittelstreckensysteme aus.

Man redet nicht der rüstungskontrollpolitischen Resignation das Wort, wenn man feststellt, daß es den Sozialdemokraten bisher nicht gelungen ist, für ihre nach wie vor richtige rüstungskontrollpolitische Konzeption im NATO-Rat eine ausreichende Zustimmung zu gewinnen und daß selbst wichtige Elemente des NATO-Rats-Beschlusses vom 12. Dezember durch Entwicklungen außerhalb der Einflußmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sind.

Die Neigung, angesichts dieser unbefriedigenden Bilanz ein Jahr nach dem SPD-Bundesparteitag in Berlin und dem NATO-Rats-Beschluß in Brüssel allen langfristig angelegten rüstungskontrollpolitischen Konzeptionen eine Absage zu erteilen und stattdessen die Lösung in individuellen oder auch massenhaften persönlichen Entscheidungen "ohne Rüstung zu leben" zu suchen, wird gerade unter kritischen Jugendlichen und bei vielen engagierten Christen zunehmen. Wer aus durchaus verständlichen Motiven diesen Ausweg sucht, wird leider bald politisch umso sicherer in der Sackgasse enden. Die friedenspolitische, sicherheitspolitische und abrüstungspolitische Konzeption des Berliner Bundesparteitages ist in ihren Grundzügen nach wie vor richtig. Sie hat sich offensichtlich im Bündnis und in Ost und West noch nicht genügend durchsetzen können. Umso mehr muß für ihre Unterstützung geworben werden. (-/12.12.1980/ks/ca)

+ + +



### Kein U-Boot für Pinochet!

Das Geschäft mit Kriegsschiffen muß Mißbilligung hervorrufen

Von Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung hat jetzt auf meine parlamentarische Anfrage zugegeben, daß der Bundessicherheitsrat bereits am 12. Juni seine Zustimmung zu einem mehr als zweifelhaften Waffenhandel gegeben hat: Ausgerechnet der menschenverachtenden Pinochet-Diktatur in Chile soll eine Kieler Werft zwei Unterseeboote liefern dürfen.

Dieser Transfer von Kriegsschiffen muß schärfste Mißbilligung hervorrufen. Man muß die Verantwortlichen erinnern: Bei Chile handelt es sich nicht nur wegen der innenpolitischen Situation, sondern auch aus außenpolitischen Gründen um ein Spannungsgebiet. Es gibt den noch immer nicht beigelegten Beagle-Konflikt mit Argentinien, der Außenstehende zur Zurückhaltung beim Waffenhandel gemahnen sollte. Am heutigen Freitag wird Papst Johannes Paul II nach monatelangen Vermittlungsbemühungen den Außenministern Argentiniens und Chile erneut Vorschläge zur Beilegung des Konflikts unterbreiten lassen. Vor einem Jahr kam man am Beagle-Kanal gerade knapp an kriegerischen Auseinandersetzungen vorbei.

Das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen von 1961 enthält in Paragraph 7 und 8 die Möglichkeit, eine bereits erteilte Genehmigung jederzeit zu widerrufen. So kann die Genehmigung annulliert werden, wenn "die Gefahr besteht, daß die aufgrund der allgemeinen Genehmigung beförderten Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg verwendet werden." Außerdem kann sie widerrufen werden, "wenn Grund zu der Annahme besteht, daß die allgemein genehmigten Beförderungen dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern zuwiderlaufen würden."

Dieses Geschäft widerspräche auch dem erklärten Willen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Bereits 1974 hatte sie in einer Entschließung über Chile einstimmig gefordert: "Jede Hilfe, die als Billigung oder Unterstützung des Militärregimes verstanden werden kann, muß unterbleiben. Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen."

Die Qualität des Regimes hat sich seither nicht verändert. Die Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Seit dem Referendum vom September 1980 hat sich Chile in eine konstitutionelle Diktatur verwandelt. Damit wurde eine Chance zum demokratischen Wandel für das kommende Jahrzehnt zunächst zunichte gemacht.

Ich forderte deshalb, die Entscheidung für die Ausfuhr der Schiffe rückgängig zu machen; dies dürfte umso leichter fallen, weil nach meinen Informationen bisher kein bindender Vertragsabschluß zwischen dem Kieler Hersteller und dem chilenischen Militärregime zustande gekommen ist. Daß derartige Entscheidungen möglich sind, hat uns das kleine, aber wohl prinzipientreue Österreich erst unlängst mit der Kündigung eines kultrativen Panzergeschäfts mit der Pinochet-Junta bewiesen.

(-/ 12.12.1980/hl/ca)



Kinderarbeit klagt an

Die Lage der Kinder in der EG muß verbessert werden

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP

Es gilt die Situation der Kinder in den Mitgliedsstaaten und in den Beitrittsländern der Europäischen Gemeinschaft zu beleuchten. Grundlage meiner Forderung ist die Tatsache, daß noch Ende 1976 in der Bundesrepublik mehr als 300.000 Kinder und in Italien bis zu 700.000 Kinder Kinderarbeit leisteten. Ich habe deshalb jetzt einen Entschließungsantrag gestellt, der eine spezifische Studie zu dieser Problematik fordert. Das konkrete Anliegen ist, in dieser Studie die soziale, ökonomische und rechtliche Situation der Kinder in der EG und den Beitrittsländern Griechenland, Spanien und Portugal darzustellen.

Im einzelnen geht es um Schwerpunkte:

- die Forderung nach Maßnahmen, die zu einem weiteren Abbau von Kinder- und Säuglingssterblichkeit in den angesprochenen Ländern führen sollen.
- Maßnahmen zur Verhinderung von Kinderarbeit,
- Maßnahmen der täglichen Arbeitszeitverkürzung, die eine andere Arbeits- und Lebensform als bisher schaffen und der Notwendigkeit zu arbeiten und dem Willen, Kinder großzuziehen, angemessen sind,
- Vorschläge zur Integration von Ausländerkindern in den jeweiligen Gastländern, die jedoch nicht zu einem Verlust jeglicher kultureller Identität führen soll.

Der Schwerpunkt des Entschließungsantrages liegt jedoch auf der Problematik der Kinderarbeit. Gerade weil die sozialen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten der EG und den zukünftigen Beitrittsländern unterschiedlich ist, sind genaue Untersuchungen notwendig, die Aufschluß geben

- o wieviele Kinder in den betroffenen Ländern von legaler oder illegaler Kinderarbeit betroffen sind,
- o aus welchen Gründen die Kinder zu dieser Arbeit gezwungen werden
- o durch welche rechtlichen Maßnahmen die Kinder vor diesem Mißbrauch geschützt sind.

Es ist davon auszugehen, daß bei einer genauen Überprüfung einmal für die Europäische Gemeinschaft die unterschiedlichen Probleme der verschiedenen Regionen besonders stark zutage treten, aber auch die unterschiedliche gesetzliche Situation und Handhabung im EG-Bereich offengelegt wird. In diesem Zusammenhang ist an eine Empfehlung der Kommission aus dem Jahre 1969 zum Schutz der arbeitenden Jugend zu erinnern, aus der ein Verbot der Kinderarbeit herauszulesen ist. Trotz dieser Empfehlung besteht auch heute immer noch das Problem der Kinderarbeit und muß endlich gelöst werden. (-/12.12.1980/hi/ca)

